

# Paradigmenwechsel in der Postdemokratie

VON HORST POLDRACK

Im Weißen Haus regiert seit Januar 2025 (zum zweiten Mal) ein Präsident, der die »alte« Welt in helle Aufregung versetzt. Glaubt man der *New York Times*, dann ist Donald Trump dabei, »einen der atemberaubendsten Wendepunkte der amerikanischen Außenpolitik seit Generationen zu vollziehen, eine 180-Grad-Wende, die Freunde und Feinde zu einer grundlegenden Neuausrichtung zwingen wird.«<sup>1</sup> Die Lage im Westen ist verworren und zerstritten wie lange nicht mehr. Während die neue US-Administration moniert, dass im liberalen Europa die Meinungsfreiheit eingeschränkt werde, versteht sich Europa als »demokratische Festung«, die gegen einen weltweit aufkommenden Autoritarismus ankämpft, der inzwischen auch im Kernland der modernen Demokratie auf dem Vormarsch sei. Das gewohnte politische Gefüge ist auf den Kopf gestellt. Rechte Parteien wie die AfD stehen plötzlich auf

Seiten der US-Administration, derweil sich der liberale Parteienblock einer US-Regierung gegenüber sieht, deren Ideologie man in Deutschland als Rechtsextremismus bekämpft und mit einer »Brandmauer« auszugrenzen versucht. Viele fragen sich verstört: Wer ist für die Demokratie und wer ist ein Nazi? Wer ist »progressiv« und wer ist »reaktionär«?

## Trump und die Frage nach der Demokratie im Westen

Der liberale Mainstream ist sich weitgehend einig: Die USA unter Donald Trump bewegen sich von einer Demokratie in Richtung einer »Wahl-Autokratie«. Die Situation stellt sich indes anders dar, wenn man realisiert, dass die Demokratie im Westen seit geraumer Zeit dysfunktional ist. Etwas, das es nicht gibt, kann man nicht zerstören. Im Westen

steckt ein politisches Modell in Schwierigkeiten, das die Politikwissenschaftler Colin Crouch und Sheldon Wolin als »Postdemokratie« (Crouch) und als »umgekehrten Totalitarismus« (Wolin) charakterisiert haben. Wenn Ex-Präsident Obama der Trump-Administration vorwirft, sie würde Cancel Culture betreiben, so ist das zwar richtig, aber Cancel Culture ist keine Erfindung der Rechtskonservativen. Vielmehr gehört das systematische Bestreben, abweichende Meinungen vom öffentlichen Diskurs auszugrenzen und unliebsame Kritiker »mundtot zu machen und sozial zu vernichten«<sup>2</sup>, schon lange zum Instrumentarium der smarten Meinungskontrolle. Die Neokonservativen setzen auf ihre eigene Weise das fort, was im Westen seit vielen Jahren praktiziert wird. Wenn Kritiker der Trump-Administration anlasten, dass diese die parlamentarischen Institutionen schwäche und zulasse, dass die Politik von Milliardären bzw. Tech-Konzernen gekapert wird, dann sind das keine Symptome für den Übergang der US-Gesellschaft in eine (neofaschistische) Diktatur, wie einige besorgte Trump-Gegner befürchten, sondern »normale« Phänomene der real existierenden Postdemokratie. Das »große« Sterben der Demokratie im Westen hat nicht mit der Präsidentschaft von Trump begonnen. Denn Trump und Co. sind nicht die Zerstörer der Demokratie, sondern das Produkt einer zerstörten Demokratie.

Im Westen ist die gemanagte Demokratie in die Krise geraten, das heißt ein parlamentarisches System, in dem das demokratische Leben verebbt, während das Staatsvolk rebelliert und nicht mehr so einfach gelenkt werden kann. Für eine konzernaffine Politik, wie sie unter Trump in den USA, Merz in Deutschland oder Macron in Frankreich betrieben wird, sind die faktischen Verhältnisse einer formellen Demokratie, in denen die tatsächliche Macht an ein Netzwerk von oligarchischen Eliten, großen Konzernen und Staat übergegangen ist, freilich »lebenswichtig«. Weder linksliberale noch rechtskonservative Fraktionen des Konzernkapitalismus wollen diese Herrschaftsform abschaffen. Ganz im Gegenteil, sie brauchen dieses »geniale Konstrukt«, um als Minderheit im Namen der Mehrheit regieren zu können. Beim heutigen Lagerkampf der herrschenden Klasse geht es nicht darum, ob die Demokratie erhalten oder zerstört wird, sondern darum, wie die kapitalistische Grundordnung stabilisiert und die angeschlagene Postdemokratie saniert werden kann. Der ideologische Dissens dreht sich vor allem um die

Frage, welches politische Format – links-liberal oder neokonservativ – die bessere Entwicklungsform für den Spätkapitalismus bildet. Der Trumpismus ist angetreten, das postdemokratische System regierbarer zu machen und dem Kapitalismus (namentlich in den **USA**) wieder zu mehr Dynamik und Stärke zu verhelfen. Nach Jahren des »woken Missmanagements« soll die Gesellschaft »effektiv« wie ein kapitalistischer Konzern geleitet werden.

### **Progressive Chimären oder warum die Links-Rechts-Schablone nicht mehr passt**

Der Trumpismus bekämpft einen Linksliberalismus, von dem einige glauben, dieser sei vom »Geist des Marxismus« infiziert. Das ist gewiss nicht der Fall, aber als Feindbild spielt es in den **USA** eine nicht unerhebliche Rolle. Umgekehrt sieht der linksliberale

Aktivismus im Trumpismus bzw. Rechtspopulismus gefährliche Bewegungen, die in eine neofaschistische Diktatur münden könnten, wie es in den **1930er** Jahren in Europa der Fall war. Die Frage ist jedoch, ob es hier wirklich um einen Kampf zwischen »Linken« und »Rechten« geht, bei dem die einen gesellschaftlichen Fortschritt und die anderen reaktionären Verfall verkörpern. Der Soziologe Andreas Reckwitz ist der Meinung, dass sich mit der politischen

**HORST POLDRACK**, (Jg. 1950), ist Philosoph (Promotion 1979, Habilitation 1987). Er war u.a. Research Fellow am Center for the Philosophy and History of Science in Boston 1981/82 und an der Akademie der Wissenschaften in Moskau 1986/87 sowie Gastprofessor an der Universität in Addis Abeba 1987 bis 1990. Er hat später an der Universität Halle-Wittenberg, am Umweltinstitut Leipzig und am Institut für Sozialwissenschaftliche Analyse und Beratung Köln gearbeitet. Seit 1994 als Trainer und Coach sowie im Management von mittelständischen Unternehmen tätig. Von 2006 bis 2011 arbeitete Poldrack als Trainer für chinesische Führungskräfte in der VR China. Er hat zahlreiche Publikationen und Aufsätze veröffentlicht, zuletzt »Neoliberale Gehirnwäsche« (verlag am park 2022).



◀ Abrissarbeiten am Weißen Haus für Trumps Ballsaal

Dichotomie von »Links« oder »Rechts« die spätmoderne Komplexität nicht mehr adäquat verstehen lässt. Die übergreifenden Gegensätze seien nicht »Links« versus »Rechts«, sondern würden durch einen neuen Lagerkampf konstituiert und überlagert, der zwischen Vertretern einer radikalen Liberalisierung von gesellschaftlichen Verhältnissen auf der einen Seite und Protagonisten einer bewahrenden Regulierung auf der anderen Seite geführt werde.<sup>3</sup> So orientiert sich der radikale Liberalismus sowohl auf die Deregulierung der Märkte als auch auf die Dynamisierung von soziokulturellen Lebensformen. Ist dieses Phänomen nun politisch rechts oder links? Was sollte es aber mit »linker Politik« zu tun haben, wenn die wirtschaftlich-technologische Entwicklung der unkontrollierten Profitgier von Konzernen überlassen wird und sich der Kampf für Emanzipation auf die kulturelle und geschlechtliche Selbstverwirklichung von vermeintlich einzigartigen Individuen konzentriert, derweil eine Minderheit immer mehr Reichtum und Macht anhäuft und die Kluft zwischen Armen und Reichen wächst? Auf der anderen Seite setzen sich Neokonservative für die Bewahrung traditioneller Werte und Lebensmuster ein, favorisieren jedoch das Mantra von der Freiheit des Unternehmertums und der Deregulierung der Wirtschaft, von dem viele meinen, dass es für die moderne Selbstzerstörungsdynamik verantwortlich ist. Gleichwohl ist der radikale Neoliberalismus etwas Besonderes, denn in seiner **US**-amerikanischen Form ist er ein Bündnis »zwischen einerseits tonangebenden Strömungen der neuen sozialen Bewegungen (Feminismus, Antirassismus, Multikulturalismus und den Verfechtern von **LGBTQ**-Rechten) und andererseits kommerziellen, oft dienstleistungsbasierten Sektoren von hohem Symbolgehalt (Wall Street, Silicon Valley und Hollywood)«<sup>4</sup>.

Die **US**-amerikanische Philosophin Nancy Fraser hat diese »unheilige Allianz«, die sich Anfang der **1990er** Jahre in den **USA** herausbildete und von dort auf den gesamten Westen ausgebreitet hat, treffend als »progressiven Neoliberalismus« bezeichnet. Erstmals haben sich linksliberale Aktivisten in ein faktisches Bündnis mit Kräften des Finanz- und Kulturkapitalismus gegeben. »Erstere borgen dabei, ob unbewusst oder nicht, den letzteren ihr Charisma.«<sup>5</sup> Die Politik der Clinton-Regierung, die diese Ideologie zur Staatspolitik machte, hat zudem den sozialen und politischen

Nährboden bereitet, in dem sich der Trumpismus mit dem Nimbus einer rebellischen Bewegung herausbilden konnte. Mit Trump und Co. wird die politische Ökonomie des finanzierten Kapitalismus freilich nicht überwunden, sondern fortgesetzt. Dafür spricht auch, dass Konzernführer aus dem Silicon Valley inzwischen die Seite gewechselt und sich dem Trump-Lager angeschlossen haben. Wie Fraser herausstellt, verdankte Trump seinen Sieg »nicht allein einer Revolte gegen das globale Finanzwesen. Was seine Wähler verwarfen, war nicht einfach der Neoliberalismus im Allgemeinen, sondern der progressive Neoliberalismus.«<sup>6</sup> Viele Amerikaner haben damals eine bittere Erfahrung gemacht, die dann auch die soziokulturell Abgehängten der neoliberalen Transformation in Europa betraf: Auch wenn sich gesellschaftliche Veränderungen unter dem »emanzipatorischen Banner« von Vielfalt, Gleichberechtigung und Antidiskriminierung vollziehen, heißt das nicht, dass es der Mehrheit der einfachen Leute nützt und dass es wirklich um Gleichberechtigung und sozialen Fortschritt geht. Eine traurige Ironie dieser Umgestaltung besteht Fraser zufolge darin, dass die Schäden, die die Deindustrialisierung bei den einfachen Leuten angerichtet hat, durch die Kränkungen verschlimmert werden, »die ihnen der progressive Moralismus zufügt, wenn er sie routinemäßig als kulturell rückständig abstempelt«.<sup>7</sup>

### Der Schaden, den die »Linke« angerichtet hat

Die neue **US**-Politik mag vielen seltsam und chaotisch anmuten, aber ihr liegt ein kalkulierter Strategiewechsel zugrunde, der auf mindestens zwei Grundannahmen beruht. Zum einen hat man realisiert, dass die linksliberale Politik dem kapitalistischen System mehr schadet als nützt. Sie hilft zwar, das zerstörerische Wesen des Turbokapitalismus zu verschleiern, doch tragen besonders ihre woken Ausuferungen zur Destabilisierung und Spaltung der Gesellschaft bei und bringen große Teile der Bevölkerung gegen die herrschende Ordnung auf. **2023** veröffentlichte die Denkfabrik »Heritage Foundation« unter dem Titel »Project **2025**« einen Masterplan für die Umgestaltung der **US**-Administration. Eine zentrale Forderung: Der Schaden, den die »Linke« angerichtet habe, muss durch eine strikt konservative Agenda behoben werden.<sup>8</sup> Zum

anderen hat man erkennen müssen, dass die Globalisierung in der bisherigen Form Systemrivalen wie China mächtig gemacht und führende kapitalistische Länder wie die **USA** geschwächt hat. Nicht bei nebensächlichen Aspekten, sondern im Kernbereich: auf dem Feld von Wirtschaft, Technologie, sozialem Zusammenhalt und in Bezug auf den Zukunftsoptimismus. Während sich China in relativ kurzer Zeit zu einer führenden Technologie- und Wirtschaftsmacht entwickeln konnte, haben Länder wie die **USA** nicht nur an Dominanz eingebüßt, sondern leiden auch unter systemischen Verfall, Deindustrialisierung, politischer Instabilität und sozialer Desintegration. Der Westen muss sich neu erfinden und braucht eine andere Strategie im Umgang mit der neuen Qualität von Gegenspielern, die sich für den Weltmarkt öffnen und diesen für ihre eigene Dynamik nutzen. Die Ideologie des »Make America Great Again« steht für den Versuch, die Weltordnung zu resetten, damit die **USA** und der Westen wieder mehr Nutzen und Macht aus der Globalisierung generieren können. Der Fokus der neuen **US**-Politik richtet sich dabei auf den asiatischen Raum, in dem China als strategischer Hauptkonkurrent gesehen wird. Das schließt ein neues Verhältnis zur Atommacht Russland ein, denn die **USA** wollen verhindern, dass Russland enger an China rückt und sich eine chinesisch-russische Allianz gegen den Westen herausbildet. Europa verliert in diesen geostrategischen Überlegungen an Bedeutung.

In den **USA** ist mit Trump eine politische Gruppierung nach oben gekommen, die das liberal-woke Machtsystem bekämpft, während es in Europa noch immer dominiert. Die Wahlen in den **USA** haben den Westen in zwei sich bekämpfende Politik- und Regierungsapparate gespalten. Die große Frage ist, wie die westlichen Eliten mit dieser »Bruchstelle« umgehen werden. Wird sich Europa den **USA** unterwerfen und den amerikanischen Politik- und Wertewechsel kopieren? Oder wird es auf seinen angestammten Positionen beharren, die es vor nicht so langer Zeit von den **USA** übernommen hat? Gegenwärtig steht die Zerstörung des alten Paradigmas auf der Tagesordnung der konservativen Modernisierer. Bereits Karl Marx argumentierte mit Bezug auf die Erfahrungen der Pariser Commune (**1871**), dass »die Arbeiterklasse nicht die fertige Staatsmaschine einfach in Besitz nehmen und für ihre eigenen Zwecke in Bewegung setzen kann«, sondern sie vielmehr zerschlagen müsse.<sup>9</sup>

- 1 Roland Peters, »Bewunderer trifft Manipulator. Deshalb fiel Trump in Putins Honigtopf«, 21. Februar 2025, <https://www.n-tv.de/Politik>
- 2 Sahra Wagenknecht, Die Selbstgerechten. Mein Gegenprogramm – für Gemeinsinn mit Zusammenarbeit, Frankfurt/M. 2022, S. 30
- 3 Andreas Reckwitz, Das Ende der Illusionen. Politik, Ökonomie und Kultur in der Spätmoderne. Berlin 2020, S. 263
- 4 Nancy Fraser, »Für eine neue Linke oder: Das Ende des progressiven Neoliberalismus«, <https://www.blaetter.de/ausgabe/2017/februar/fuer-eine-neue-linke-oder-das-ende-des-progressiven-neoliberalismus>
- 5 Ebenda
- 6 Ebenda
- 7 Ebenda
- 8 <https://www.project2025.observer>; David A. Graham, Der Masterplan der Trump-Regierung. Project 2025: Wie ein radikales Netzwerk in Amerika die Macht übernimmt, Frankfurt/M. 2025
- 9 Karl Marx, Bürgerkrieg in Frankreich. In: MEW 17, S. 336
- 10 Max Planck, Scientific Autobiography and Other Papers, New York 1952, S. 175–176
- 11 Roger Köppel, »Trump ist der Westen«. In: Die Weltwoche, 7. März 2025, <https://weltwoche.ch.>EU>
- 12 Ebenda
- 13 Kurt Hager beantwortete Fragen der Illustrierten Stern. [https://ghi-dc.org>sub document. DGDB. Deutsche Geschichte in Bildern. Band 9. Zwei deutscher Staaten. 1961–1989. Kein Tapetenwechsel \(10. April 1987\)](https://ghi-dc.org>sub document. DGDB. Deutsche Geschichte in Bildern. Band 9. Zwei deutscher Staaten. 1961–1989. Kein Tapetenwechsel (10. April 1987))

Auch wenn Trump und Co. den Kommunisten Marx nicht gelesen haben dürften, geht es um das gleiche Prinzip: Wer die Macht ergreifen und eine andere Ideologie und Politik durchsetzen will, der muss den alten Herrschaftsapparat demontieren und mit Gefolgsleuten aus den eigenen Reihen besetzen.

Wir wissen aus der Wissenschaft, dass der Wechsel zu einem neuen Paradigma kein logisch-rationaler Vorgang ist, indem Vertreter der etablierten Theorie aufgrund von widerstreitenden Fakten zur neuen Theorie überlaufen, die diese Fakten besser erklärt. Vielmehr beharren die Anhänger eines Paradigmas in der Regel auf ihrer Sichtweise. Je exponierter jemand mit seinem Paradigma verbunden ist, desto größer ist der Widerstand gegen andere Auffassungen. Max Planck (1858–1947), Begründer der Quantenphysik, prägte hierfür den bekannten Aphorismus, dass sich eine neue wissenschaftliche Wahrheit nicht in der Weise durchzusetzen pflegt, dass ihre Gegner überzeugt werden, sondern vielmehr dadurch, dass ihre Gegner allmählich aussterben und dass die nachwachsende Generation von vornherein mit der Wahrheit vertraut gemacht ist.<sup>10</sup>

Bis sich ein neues Paradigma etabliert hat, wird das Leben der Gemeinschaft von heftigen Kontroversen geprägt, wobei es auch zu Beschimpfungen und Diffamierungen kommt. Planck hatte es selbst erlebt. Namhafte Repräsentanten der klassischen Physik um den Nobelpreisträger Johannes Stark (1874–1957), die sich als Protagonisten einer »Deutschen Physik« verstanden und die neuen Theorien bekämpften, sahen in Planck einen Vertreter der »Jüdischen Physik« und beschimpften ihn als »weißen Juden«. Paradigmenwechsel gehen selten von exponierten Vertretern des herrschenden Paradigmas aus, sondern werden von jüngeren Leuten oder Außenseitern vollzogen, denen es leichter fällt, den sogenannten »Gestalt Switch« zu realisieren. Obwohl

sich die Faktenlage nicht entscheidend verändert, nimmt man bei einem »Gestalt-Switch« die Welt plötzlich anders wahr, und bekannte Dinge werden durch eine andere konzeptionelle Brille neu gesehen. Es handelt sich um normales Verhalten, wenn Anhänger des liberal-woke Paradigmas die neue Sichtweise der US-Administration weder verstehen noch akzeptieren. Konservativen Parteien wie der CDU/CSU wird der Umstieg auf den Trump-Kurs vermutlich leichter fallen, aber auch sie sind mit dem alten Denkmuster eng verbunden, namentlich was das Narrativ vom unversöhnlichen Gegensatz zwischen liberaler Demokratie und Autoritarismus und die Beurteilung des Ukraine-Krieges anbelangt. Man kann von den liberalen Eliten nicht erwarten, dass sie mühelos den neuen US-Mindset übernehmen.

Man muss warten, dass die Anhänger des »Alten« abtreten und anderen das Feld überlassen, die jünger, unverbraucher oder von Altersweisheit geläutert sind. Ein Dilemma des »alten« Europa besteht darin, dass ein Paradigmenwechsel seine Zeit braucht und dass sich dadurch nicht nur der Konflikt mit Gegenspielern im Osten, sondern auch Dissonanzen mit den USA verstärken könnten. Erschwerend kommt hinzu, dass der Widerstand gegen die neue US-Politik nicht nur im politischen Establishment, sondern auch in Teilen der Gesellschaft eine Basis hat, denn der »woke Geist« hat sich in den letzten Jahren nicht nur im Staatsapparat, in den Leitmedien und der Kulturbranche, sondern besonders im urbanen Milieu der akademischen Mittelschicht ausgebreitet. Die Zukunft Europas hängt maßgeblich davon ab, wie sich das Verhältnis zu den USA entwickelt und ob sich der von der US-Administration bekämpfte »Wokeismus« zurückdrängen und zügeln lässt. Das wird ein schwerer Weg, denn die Geister, die man einst rief und förderte, wird man nicht so einfach wieder los. Der Schweizer Publizist Roger

Köppel befürchtet, dass sich die Europäische Union in eine Art Zweifrontenkrieg hineinsteigern könnte: gegen Russland und gegen die USA.<sup>11</sup> Es ist auch nicht klug, auf ein vorübergehendes Trump-Intermezzo zu hoffen. Man sollte vielmehr damit rechnen, dass der Regierungswechsel in den USA das gesamte Denk- und Politikmodell des Westens in den nächsten Jahren verschieben wird. Trump sei nicht der Feind des Westens, sondern sein Verteidiger, warnt Klöppel. »Die Bürger müssen aufwachen, ihre Stimme erheben, bevor ihre unfähigen Eliten sie endgültig in den Ruin treiben.«<sup>12</sup> Europa geht schwierigen Zeiten entgegen.

Soll man neu tapezieren, weil der mächtige Nachbar die Tapeten wechselt? Diese Frage stellte sich Ausgangs der 1980er Jahre, als in der Sowjetunion das Projekt »Perestroika« gestartet wurde und Länder wie die DDR dieser Entwicklung nicht folgen wollten. »Würden Sie, nebenbei gesagt, wenn Ihr Nachbar seine Wohnung neu tapeziert, sich verpflichtet fühlen, Ihre Wohnung ebenfalls neu zu tapezieren?«, spöttelte 1987 der SED-Chefideologe Kurt Hager (1912–1998) in einem Interview mit der Illustrierten Stern, das nachher im Neuen Deutschland abgedruckt wurde.<sup>13</sup> Drei Jahre später ging die DDR unter. Die Weigerung der DDR-Führung, sich dem sowjetischen Reformkurs zu unterwerfen, hat den Untergang des DDR-Systems nicht herbeigeführt und ein »Tapetenwechsel« à la Gorbatschow hätte den Zerfall der DDR nicht verhindert. Aber das Beharren der DDR-Regierung auf dem Prinzip »Weiter so« hat ihn freilich beschleunigt und drastischer ausfallen lassen. Heute stellt sich die Frage: Soll Europa »neu tapezieren«, weil der mächtige Mann im Weißen Haus die Tapeten wechselt? Und auch heute lautet die Drohung: Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben. Wahr ist jedoch auch, dass man mit einem Tapetenwechsel ein marodes Haus nicht sanieren kann. ■